

Liebe Großniedesheimerinnen und Großniedesheimer,

unsere nostalgische **Tanztee-Veranstaltung** lockte einige „Tanzwütige“ in die ansprechend dekorierte Friedenshalle. Lieder aus den 50ziger und 60ziger Jahren wurden auf einer ebenso alten Musiktruhe gespielt, deren Klang mit einer modernen Anlage durchaus konkurrieren konnte.

Bei dieser Veranstaltung wurde unser Bilderrätsel aufgelöst. Die richtige Antwort lautete: C) nach 1930. Martin Haller, MdL, hat aus den richtigen Lösungen drei Gewinner gezogen.



Bayrischer Abend

Ein großer Erfolg war unser Bayrischer Abend, an dem wir auch den **90. Geburtstag unseres Ortsvereins** feierten.



sichtlich gerührten **Helene Meister aus Heuchelheim** den Preis.

Seit der ersten Mitgliederversammlung am 01.06.1920 gehört der SPD-Ortsverein als feste Institution zu Großniedesheim, lediglich unterbrochen durch das Zwangsverbot während des Faschismus. Trotz der 90 Jahre - wir sind einer der ältesten Vereine im Dorf - ist unser Ortsverein dynamisch, attraktiv und voller Ideen.

Dieses Ereignis feierten wir mit der Verlosung einer kostenlosen Berlin-Reise für zwei Personen, die von unserer Bundestags-Abgeordneten Doris Barnett gestiftet wurde. Unsere Glücksfee Martina zog die Gewinnerin und Martin Haller, MdL, überreichte der



Tolle Stimmung in der vollen Friedenshalle

Über die Unvernunft Unfrieden zu stiften

Vor mehr als zehn Jahren, im Juni 2000, hat die Koalition aus SPD + Grüne nach langen Gesprächen einen Atomkonsens vereinbart, um die Nutzung der Kernenergie geordnet zu beenden. Mit dem Atomgesetz vom April 2002 wurde der Atomausstieg rechtsverbindlich. Darin wurde die Laufzeit von Atomkraftwerken auf 32 Jahre seit Inbetriebnahme, die Reststrommenge und das Ende von Atommülltransporten (Castortransporte) zur Wiederaufarbeitung ab Juli 2005 festgelegt. Aber auch eine Entscheidung zu einem Atommüll-Endlager wurde darin vereinbart.

Dies war nach vielen Jahren - mit zum Teil heftigen Protesten von einem Großteil der Bevölkerung gegen den Betrieb von Atomkraftwerken und den damit verbundenen Gefahren für Mensch und Umwelt - ein wichtiger Beitrag zum Frieden im Land. Seither gab es viel weniger Demonstrationen gegen den allgemeinen Betrieb von Atomkraftwerken. Sehr wohl gab und gibt es aber noch heftige und berechnete Proteste gegen geplante Endlager - Stichwort Schachtanlage Asse und Gorleben.

Jetzt aber wollen CDU und FDP der Gier der Energiekonzerne nach noch mehr Gewinnen nachgeben und den Atomkonsens aufkündigen. Sie wollen die Laufzeit der Atomkraftwerke über das gesetzlich vereinbarte Maß hinaus verlängern. Das ist eine konsequente Fortführung ihrer Klientelpolitik, die mit Steuergeschenken für Hoteliers begann, sich in der Bevorzugung privater Krankenkassen fortsetzte und vor der bewussten Inkaufnahme von Risiken für die eigene Bevölkerung durch den weiteren Betrieb von „Schrottmeilern“ nicht Halt macht. Den Unfrieden, der dabei entsteht, nehmen sie ohne Not billigend in Kauf.

Es ist ihnen egal, was unseren Kindern und Nachfahren hinterlassen wird! Sie erlauben auf lange Zeit die Fortführung einer mittlerweile veralteten Technik. Dabei gibt es überhaupt keinen Plan, wo und wie die dabei anfallenden Abfälle für Millionen(!) Jahre sicher gelagert werden können. Jedes Jahr fallen in deutschen Atomreaktoren ca. 450 Tonnen radioaktiver Müll an! Bereits jetzt - nach 30 Jahren - droht eindringendes Wasser in der Asse radioaktive Rückstände in die Umwelt zu schwemmen.

Vielmehr verspielt die Regierung die Chancen auf die weitere Führung Deutschlands bei alternativen Energien. Atomkraftwerke blockieren die Netze und erschweren die Einspeisung von alternativen Energien. Arbeitsplätze gehen verloren, weil der Markt in Deutschland wegen der verfehlten Politik rückläufig sein wird. Eine weitere, gute Chance für die Zukunft Aller wird dem kurzfristigen Gewinnstreben Weniger geopfert.

Alternative Energie ist teuer - aber am Ende billiger als Atomstrom, rechnet man sämtliche Kosten mit ein, auch den Abriss und Entsorgung der Atommeiler.-

Ist es da nicht „billiger“, Energieerzeugung im eigenen Land umweltschonend zu betreiben, als nicht wieder bringbare Ressourcen wie Erdöl aufzubrechen und dabei noch teuer zu bezahlen?

Übrigens: Bei „Stuttgart 21“ argumentieren CDU und FDP, dass die Beschlüsse dazu demokratisch von der Mehrheit im Parlament gefasst wurden und sie deshalb nicht von „Demonstranten“ geändert werden dürfen.

Beim 2002 vom Bundestag verabschiedeten Gesetz zum Atomausstieg verlangt die Mehrheit der Bevölkerung, dass Gesetz Gesetz bleibt. Hier wird die Regierung gegen den Willen des Volkes das Gesetz zum Schaden der Bürger ändern. Es wird mit zweierlei Maßstäben gemessen, das nennt man Doppelmoral, das ist unvernünftig!

meinen

Ihre und Ihr
Birgit Zachertz Erwin Martin